

land das bewußt angestrebte Ergebnis einer staatsmonopolistischen Politik, die ein ständiges Arbeitslosenreservoir als wichtigen Faktor für die Realisierung von Höchstprofitten für das Monopolkapital einkalkuliert. Die Bonner Regierung hat in ihren wirtschaftspolitischen Zielprojektionen für 1968 und die folgenden Jahre ein ständiges Arbeitslosenheer von durchschnittlich 300 000 Menschen eingeplant. Vertreter des westdeutschen Großkapitals erklären in bemerkenswerter Offenheit, daß nicht Vollbeschäftigung, sondern eine „Arbeitslosigkeit nach Maß“ das anzustrebende Ziel sei. Das findet bereits seine Bestätigung in der Tatsache, daß in der Periode der konjunkturellen Neubelebung — nach dem Stand von April 1968 — immer noch über 300 000 Arbeitslose zu verzeichnen sind.

Unter der Losung der „kontrollierten Arbeitslosigkeit“ schaffen sich die Monopole ein Druckmittel gegen den gewerkschaftlichen Arbeits- und Lohnkampf. Arbeitslosigkeit und Existenzangst sollen verstärkt ausgenutzt werden, um Lohnabbau, verschärfte Arbeitshetze und soziale Demontage durchsetzen zu können. Zynisch erklären sie: „Die Schöpfer des Grundgesetzes waren ehrlich genug, ein Recht auf Arbeit gar nicht erst zu normieren. Es wäre doch nur ein unverbindlicher Programmsatz geblieben.“⁸

Die Unsicherheit der Arbeitsplätze in Westdeutschland ist eklatanter Ausdruck des Unvermögens des bestehenden Systems, das Recht der Werktätigen auf Arbeit und gesicherte Existenz zu garantieren.

Zweitens ist das in Westdeutschland herrschende spätkapitalistische System nicht in der Lage, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen gesellschaftlichen Probleme in sozialer Weise zu lösen. In den nächsten Jahren werden durch Rationalisierung und Automation jährlich etwa 1,5 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt, für die es immer schwerer wird, in anderen Berufen — oft schlechter bezahlt — wieder unterzukommen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es gleichzeitig offene Stellen gibt, denn sie können von den Arbeitsuchenden meist wegen mangelnder Qualifikation für den betreffenden Berufszweig, oder weil sie weit entfernt von ihrem Wohnsitz angeboten werden, nicht besetzt werden.

Besonders hart betroffen sind dabei vor allem die älteren Arbeiter. Mit 40 bis 50 Jahren sind sie vielfach für die Unternehmer bereits kein lohnendes Ausbeutungsobjekt mehr und werden nicht mehr eingestellt. So sind zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mehr als 60 Prozent aller Arbeitslosen älter als 45 Jahre. Sie haben keine Chance, wieder Arbeit zu finden.

Auch die Bauern, die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes und selbst kleine und mittlere Unternehmer werden in wachsendem Maße in ihrer Existenz gefährdet.

Im Ergebnis der bauernfeindlichen Bonner Agrarpolitik, der Brüsseler EWG-Marktornungen und der Auswirkungen der Wirtschaftskrise des Jahres 1967 sind viele westdeutsche Bauern — und durchaus nicht nur die kleineren — unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Unter dem Druck der immer schärfer werdenden EWG-Konkurrenz, der zunehmenden Ausbeutung durch das Monopolkapital, sinkender Erlöse und einer ständig wachsenden Schuldenlast von nunmehr bereits mehr als 23 Milliarden DM stehen Hunderttausende Bauern vor dem Verlust ihrer Höfe, ihres seit Generationen vererbten Eigentums und ihrer angestammten Arbeitsplätze. In der letzten Maiwoche stimmte der Bonner Landwirtschaftsminister Höcherl erneut Marktregelungen zu, die weitere schwere Belastungen für die westdeutschen Bauern mit sich bringen. Insbesondere die Beschlüsse über die EWG-Milchmarktordnung stellen für Hunderttausende Bauern eine unmittelbare Existenzbedrohung dar.